

AKTUELLE HINWEISE

IM BUNDESGESETZBLATT VERKÜNDET

Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2013 – PKHB 2013)

BGBl. I v. 23.1.2013, S. 81

Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz)

BGBl. I v. 20.2.2013, S. 254

Gesetz zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme

BGBl. I v. 25.2.2013, S. 266

Gesetz zur Durchführung des Haager Übereinkommens v. 23.11.2007 über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen sowie zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des internationalen Unterhaltsverfahrensrechts und des materiellen Unterhaltsrechts

BGBl. I v. 25.2.2013, S. 273

Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten

BGBl. I v. 25.2.2013, S. 277

AUS DEN ZEITSCHRIFTEN

BRAK-Mitteilungen und Anwaltsblatt sind für jeden berufsrechtlich Interessierten Pflichtlektüre. Nachfolgend dokumentiert das Institut für Anwaltsrecht an der Universität zu Köln Aufsatzliteratur zum Berufsrecht der Rechtsanwältinnen, Notare und Steuerberater, die in den zurückliegenden Wochen in anderen Periodika und Sammelwerken veröffentlicht worden ist.

Aus Platzgründen muss eine wertende Auswahl getroffen werden:

Zusammengestellt von Anne-Sophie Jung LL.M.

Kontakt zur Literaturschau: anwaltsrecht@googlemail.com

Arbeit und Recht (AuR) Nr. 1: *Helm/Mangold*, Seniorpartner gegen Altersdiskriminierung – gleicher Honoraranteil im Alter. „Ein abgekartetes Spiel zweier Anwälte“, oder einer Sozietät gegen die Gruppe der „Golden-Ager“? (34).

Berliner Anwaltsblatt (BerlAnWB) Nr. 1–2: *o. Verf.*, Welche Anschrift muss auf den Briefbogen? (23).

Gewerbearchiv (GewArch) Nr. 1: *Albrecht*, Rechtsdienstleistung und kein Ende – zur Verfassungswidrigkeit des RDG (7); *Kluth*, Legitimation und Reichweite des modifizierten Rechtsdienstleistungsprivilegs der Rechtsanwältinnen nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz. Zugleich ein Beitrag zur Systematik von Berufsrechtsvorbehalten (12).

Das Juristische Büro (JurBüro) Nr. 1: *Enders*, Anwaltsvergütung in der Zwangsvollstreckung. Rund um die Vermögensauskunft (1).

Die Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten (RENO) Nr. 2: *Böhrke*, Praxiswissen: Anwendung des § 14 RVG in Straf- und Bußgeldsachen. (6)

Kammermitteilung RAK Braunschweig: Nr. 1: *Boelke*, Nachweis der Fortbildungsverpflichtung gem. § 15 FAO (7); *Lau*, Abschaffung der nachträglichen Antragstellung bei Beratungshilfe (§ 6 Abs. 2 u. 3 BerHG-E) (8).

Kanzleiführung professionell (KP) Nr. 1: *Goez*, Sozietätsrecht: Was gilt für die Mitnahme von Mandantenakten bei Ausscheiden aus einer Sozietät? (3); *Sander*, Kanzleientwicklung: Das Kanzleikonzept – Wegweiser für eine erfolgreiche Zukunft (13); Nr. 2: *o. Verf.*, Berufsrecht: Vorsicht bei Entgelt für Mandatzuweisungen (20); *Jost*, Nachfolgeregelung, Teil 1: Wer tritt in meine Fußstapfen? Rechtzeitiges Planen sichert den Kanzleiwert (25).

Neue Juristische Wochenschrift (NJW) Nr. 6: *Fromm*, Vergütung des Verteidigers in Mammutprozessen (357); Nr. 8: *Fölsch*, Die besondere Gebühr für den Rechtsanwalt als Musterkläger (507); Nr. 10: *Kroiß*, Die Entwicklung des Gerichts- und Notarkostenrechts im Jahr 2012 (658); *Jungk*, Wiedereinsetzung in Prozesskosten- und Verfahrenskostenhilfe-Mandaten (667).

Neue Juristische Wochenschrift Spezial (NJW-Spezial) Nr. 2: *Dahns*, Anwalt und Kanzlei. Ein Blick zurück – Wichtige Entscheidungen des Jahres 2012 (62).

Neue Justiz (NJ) Nr. 1: *Wolf*, Anwaltliches Werberecht (10); Nr. 2: *Kreße*, Die neue Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung im Kontext der Rechtsanwaltschaft (45).

Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (NZV): Nr. 1: *Samimi/Liedtke*, Auf dem Prüfstand: Das Schadensmanagement der Rechtsschutzversicherer im Verkehrsrecht (20).

Neue Wirtschafts-Briefe (NWB) Nr. 5: *o. Verf.*, Schnell gelesen: Der Regierungsentwurf zum Beratungshilfegesetz. Die wichtigsten Änderungen für den Steuerberater (255); *Weber*, Beruf aktuell: Wichtige (geplante) Änderungen durch das KostRMoG II aus der Sicht des Steuerberaters (315).

RVGreport Nr. 1: *Hansens*, Anfall und Erstattungsfähigkeit von Terminreisekosten des auswärtigen Prozessbevollmächtigten bei Verlegung der Kanzlei (7); Nr. 2: *Burhoff*, Fragen aus der Praxis zu Gebührenproblemen in Straf- und Bußgeldverfahren aus dem Jahr 2012 (42); Nr. 3: *Schneider*, Mischfälle der Termingebühr – volle und ermäßigte Gebühr (82).

Steuerberater Magazin (StBMag) Nr. 1: *Groth*, Mit Brief und Siegel. Immer mehr Kanzleien lassen sich zertifizieren – dabei tritt die Frage der Mandantengewinnung hinter das Qualitätsmanagement der Kanzlei zurück

(26); *Schikora*, Geben Sie ab! Wenn die Kanzleiführung für alle Berufsträger und Mitarbeiter der Kanzlei direkt zuständig ist, stößt das Kanzleiwachstum leicht an Grenzen – irgendwann müssen Chefs beginnen, die Verantwortung zu delegieren (46).

BUCHHINWEISE

Christine Steinbeiß-Winkelmann/Georg Ott, Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren, Kommentar, 1. Aufl. 2012, 520 Seiten, gebunden, incl. jBook, 59,90 Euro, Luchterhand, ISBN 978-3-472-08300-9

(inkl. Online-Version auf Jurion.de mit sämtlichen zitierten Rechtsnormen und Entscheidungen sowie mit allen bundes- und europarechtlichen Entscheidungen und Vorschriften)

Das Buch enthält eine Kommentierung zu den einzelnen Vorschriften sowie eine systematische Darstellung der Materie, welche die Einordnung der Neuregelungen in das Rechtssystem, Hintergründe und Zusammenhänge erläutert und anhand der ergangenen Urteile des EGMR und des BVerfG Anwendungsfälle darstellt. Eine ausführliche Darstellung des vieljährigen Diskussions- und Entstehungsprozesses bis zum Inkrafttreten des Gesetzes trägt zum besseren Verständnis der Neuregelung bei und macht das Buch zur anschaulichen Lektüre für alle an der Praxis der Gesetzgebung Interessierten.

Marx/Roderfeld, Rechtsschutz bei überlangen Gerichts- und Ermittlungsverfahren, Handkommentar, Von RiOLG Dr. Martin Marx, RA Dr. Werner Roderfeld, FAHuGR, 2013, 243 S., broschiert, 39 Euro, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-7805-1

Mit dem „Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren“ ist ein Entschädigungsanspruch geschaffen, der in allen Gerichtsbarkeiten und auch bei den Staatsanwaltschaften gilt. Er ist verschuldens-unabhängig, so dass es auf eine Überlastung des Gerichts nicht ankommt.

Der neue Handkommentar

- kommentiert die neuen §§ 198–201 GVG und die korrespondierenden Vorschriften in den Gerichtsordnungen
- deckt die Besonderheiten für alle Gerichtsbarkeiten ab

- erläutert Schritt für Schritt das neue Verfahren und
- gibt konkrete Handlungsanweisungen zum anwaltlichen, behördlichen und richterlichem Handeln.

Steffen Stern, Verteidigung in Mord- und Totschlagsverfahren, 3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Aufl. 2013, LXIII, 1111 Seiten, Hardcover, Aus der Reihe: Praxis der Strafverteidigung, 89,95 Euro, C.F. Müller, ISBN 978-3-8114-4911-4

Die Neuauflage bringt das Werk auf den neuesten Stand von Rechtsprechung, Literatur und Gesetzgebung. Die zum 1.1.2011 grundlegend reformierte Sicherungsverwahrung, aber auch die Konsequenzen, die sich aus Art. 316e Abs. 1 EGStGB und dem Urteil des BVerfG v. 4.5.2011 zur Verfassungswidrigkeit und begrenzten Weitergeltung ergeben, werden ausführlich besprochen. Skizziert werden auch die Eckpfeiler eines „Gesetzes zur bundesrechtlichen Umsetzung des Abstandsgebotes im Recht der Sicherungsverwahrung“, das spätestens am 1.6.2013 in Kraft treten soll.

Michael Heghmanns, Verteidigung in Strafvollstreckung und Strafvollzug, AnwaltStart, 2. Aufl. 2012, 126 Seiten, kartoniert, 35 Euro, Carl Heymanns Verlag, ISBN 978-3-452-27703-9

(inkl. Online-Version auf Jurion.de mit sämtlichen zitierten Rechtsnormen und Entscheidungen sowie mit allen bundes- und europarechtlichen Entscheidungen und Vorschriften)

Im Verlauf der Vollstreckung von Freiheits- und Geldstrafen sowie Maßregeln erleidet der Mandant oft massive Eingriffe in seine Lebensgestaltung, insbesondere, wenn es dabei zum Vollzug freiheitsentziehender Sanktionen kommt. Umso notwendiger ist, dass der Rechtsanwalt die normativen Grenzen des staatlichen Handelns in Strafvollstreckung und -vollzug kennt und dieses Wissen im Interesse des Mandanten nutzbar zu machen versteht.

Dieses Buch vermittelt Referendaren und Rechtsanwälten das notwendige Grundlagenwissen und die Systematik der vielgestaltigen Rechtsschutzmöglichkeiten im Bereich der anwaltlichen Tätigkeit, die sich an die Beendigung des strafprozessualen Erkenntnisverfahrens durch rechtskräftige Verurteilung des Mandanten anschließt. Aufgezeigt werden darüber hinaus Möglichkeiten, Mandant und Behörden alternative, dem Mandanten adäquatere Formen der Vollstreckung (z.B. „Therapie statt Strafe“) vorzuschlagen und auf die Schaffung von deren Voraussetzungen hinzuwirken.

FERNSTUDIUM für KANZLEI-FACHANGESTELLTE

Assessorreferent jur. (FSH) · Rechtswirt (FSH) · Rechtsreferent jur. (FSH)
Staatlich zugelassen, berufsbegleitend, 3-7 Semester

Zielgruppe: ReNo-Fachangestellte/Fachwirte/Sachbearbeiter mit Interesse an der Übernahme von mandatsbezogenen, materiellrechtlichen/prozessualen Aufgabenstellungen zur **juristischen Entlastung des Anwaltes**. Das Fernstudium ermöglicht den Wechsel von der büroorganisatorischen auf die **fachjuristische Mitarbeiterebene**. FSH, Universität, Science-Park 2, 66123 Saarbrücken, www.e-FSH.de, Tel. 0681/390-5263, Fax 0681/390-4620

Am FSH-Examensinstitut: Fernstudiengänge zur Vorbereitung auf die 1. und 2. juristische Staatsprüfung